

Die Niederlande

Mirte van den Berge*

Die bedeutendsten Themen in der niederländischen Politik weisen alle eine europäische Dimension auf: die Migrationskrise, das Ukraine-Referendum und die niederländische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2016. Die politische Landschaft war dabei von relativer Stabilität gekennzeichnet. Gestützt auf eine knappe Mehrheit im niederländischen Unterhaus (Tweede Kamer) konnten die konservativ-liberale VVD und die sozialdemokratische PvdA ihre Koalitionsregierung fortsetzen.¹ Die beiden Parteien waren aber im Oberhaus (Eerste Kamer) auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen.²

Derzeit sind elf Parteien im Unterhaus vertreten und Umfragen deuten auf eine Fortsetzung dieser parlamentarischen Zersplitterung hin. Im September 2015 wurde die Partij voor de Vrijheid (PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders laut Umfragen stärkste Partei, bisher war es die VVD. Die PVV käme demnach bei Neuwahlen auf 13 bis 23 Prozent, was 20 bis 35 Sitzen in der Tweede Kamer entspräche.³ Auf die VVD entfielen demnach 14 bis 18 Prozent, was 21 bis 28 Sitzen gleichkäme. Die christlich-demokratische Partei CDA, die progressiven Liberalen der D66 und die Sozialisten der SP bilden in Umfragen eine zweite Gruppe und bekommen regelmäßig Zustimmungswerte um die 11 Prozent, was in etwa 15 bis 20 Sitze ergebe. Die PvdA ist während der ersten zwölf Monate der Rutte II-Regierung in der Wählergunst dramatisch gesunken, bekam über das letzte Jahr hinweg jedoch stets einen stabilen Zuspruch von um die 8 Prozent.⁴

Migrationskrise

Das mit Abstand wichtigste Thema der niederländischen Innen- und Europapolitik stellte die Migrationskrise dar, die im September 2015 ausbrach und in den Niederlanden zu einem nie dagewesenen Zustrom von Asylbewerbern führte. Am ärgsten war diese Situation von September bis November des Jahres, als 7.000 bis 11.700 Asylsuchende pro Monat ins Land einreisten.⁵ Insgesamt 59.435 Menschen stellten zwischen Juni 2015 und Juni 2016 einen Antrag auf Asyl.⁶ Die Ankunft von Migranten hatte eine wahrhaftige Spal-

* Übersetzt aus dem Englischen von Jeldrik TB Grups und Julia Klein.

1 Beide Parteien haben im Parlament eine Mehrheit von 76 der 150 Sitzen (40 VVD, 36 PvdA).

2 Hier sind beide Parteien mit insgesamt 21 von 75 Sitzen (13 VVD, 8 PvdA) in der Minderheit. Vgl. Eerste Kamer: English. Political parties, 2016, abrufbar unter: https://www.eerstekamer.nl/begrip/english_2#p8 (letzter Zugriff: 24.8.2016).

3 Nederlandse Omroep Stichting: Peilingwijzer: de winnaars en verliezers van het politieke jaar, 13.7.2016; Alle Umfrageergebnisse sind abrufbar unter: <http://peilingwijzer.tomlouwerse.nl/p/english.html> (letzter Zugriff: 24.8.2016).

4 Im Vergleich zu 24 Prozent der Stimmen, die die PvdA in den letzten Wahlen gewonnen hat.

5 Centraal Bureau voor de Statistiek: Aantal asielzoekers blijft onder dat van 2014 en 2015, 15.8.2016, abrufbar unter: <http://bit.ly/2bibU62> (letzter Zugriff: 24.8.2016); Centraal Bureau voor de Statistiek: Asielverzoeken en nareizigers; nationaliteit, geslacht en leeftijd, 15.8.2016, abrufbar unter: <http://bit.ly/2fzJxK> (letzter Zugriff: 24.8.2016).

6 Centraal Bureau voor de Statistiek: Asielverzoeken en nareizigers; nationaliteit, geslacht en leeftijd, 2016.

tung der niederländischen Gesellschaft zur Folge, verschlimmerte bereits bestehende Probleme, führte zu Spannungen zwischen der Regierung und den Kommunen und beförderte deutliche Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungsparteien.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts herrscht die Meinung vor, dass die Integration von Zuwanderern in den 1960er und 1970er Jahre gescheitert sei. Der neuerliche Zustrom von Migranten wurde nicht allein deswegen von großen Teilen der Gesellschaft als Grund zur Sorge wahrgenommen. Wilders hatte bereits seit 2006 vor einem „Tsunami der Islamisierung“ und davor, dass die Religion und Kultur des Islams die traditionelle niederländische Kultur verdrängen würden, gewarnt.⁷ Zudem schürten Wilders und andere Politiker auch die Angst vor tausenden Terroristen des sogenannten Islamischen Staates (IS), die sich unter die Flüchtlinge mischen würden.⁸ Auch Berichte des nationalen Koordinators für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit wiesen auf das Risiko einer solchen Infiltration hin.⁹ Einen weiteren Grund zur Sorge bereiteten auch die möglichen Auswirkungen der Neuankommenden auf den ohnehin schon angespannten Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Die bis dahin bestehende Verpflichtung, sozialen Wohnraum zunächst an Flüchtlinge zu vergeben, wurde gelockert, eine Entscheidung darüber hatten nun die Kommunen zu treffen. Darüber hinaus wurden Sorgen über die Kosten der Aufnahme von Asylsuchenden und deren Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt laut.

In vorangegangenen Reformen hatte die Rutte II-Regierung ein Paket von Maßnahmen zur Dezentralisierung und Budgetkürzung umgesetzt, das zu einer Verschiebung von Verantwortlichkeiten im Bereich der Sozialpolitik hin zur kommunalen Ebene führte. Angesichts der hohen Zahl ankommender Asylsuchender blieb es den Kommunen überlassen, Aufnahmestätten für Flüchtlinge zu finden. Diese waren hierbei nicht selten gezwungen, schneller zu handeln, als es der normale demokratische Prozess zuließ. Eine hohe Anzahl an Asylunterkünften konnte in Zusammenarbeit der Regierung mit den kommunalen Regierungen geschaffen werden. Im Oktober 2015, als der Zustrom ankommender Asylsuchender seinen Höhepunkt erreichte, überstimmte jedoch die Regierung eine auf lokaler Ebene getroffene Entscheidung gegen die Einrichtung einer Massenaufnahmeeinrichtung.¹⁰ Das Ausbleiben einer demokratischen Debatte bei der Auswahl von Aufnahmeeinrichtungen und der Festlegung ihrer Kapazitäten im Verhältnis zur Größe der Kommunen löste große Bedenke aus. Öffentliche Anhörungen auf kommunaler Ebene waren häufig von stark polarisierenden Spannungen geprägt und im gesamten Land kam es nicht selten zu gewalttätigen Protesten gegen Asylunterkünfte.

Zwar war der Protest gegen die ankommenden Flüchtlinge ein weit verbreitetes Phänomen, jedoch hießen auch viele Menschen die Asylsuchenden willkommen und erinnerten an die moralische und internationale Verpflichtung, Asylbewerber aufzunehmen. Auch die Anzahl derer, die sich ehrenamtlich engagierten, übertraf alle Erwartungen – es wurde sogar behauptet, sie überträfe die Zahl der Flüchtlinge.¹¹

7 Sanne ten Hoove/Raoul du Pré: Wilders bang voor 'tsunami van islamisering', in: deVolkskrant, 6.10.2006.

8 Partij voor de Vrijheid: Inbreng Geert Wilders bij debat Algemene Politeke Beschouwingen 2015, 16.9.2015.

9 NCTV: Samenvatting Dreibingsbeeld Terrorisme Nederland 41, March 2016, abrufbar unter: https://www.nctv.nl/binaries/samenvatting-dtn-41_tcm31-32602.pdf (letzter Zugriff: 24.8.2016).

10 Nederlandse Omroep Stichting: Meer asielzoekers naar Oranje, gemeente en provincie fel tegen, 6.10.15.

11 Philip de Witt Wijnen: Er zijn meer vrijwilligers dan vluchtelingen, in: NRC Handelsblad online, 16.2.2016.

Die Forderung, die Grenzen dicht zu machen, brachte der PVV einen dauerhaften Anstieg ihrer Popularitätswerte ein. Seit September 2015 hat sie die höchsten Zustimmungswerte. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konnten auch die Partei Grün-Links (GL) mit ihrem neuen, jungen Parteivorsitzenden Jesse Klaver und ihrer offenen Haltung gegenüber Flüchtlingen in Umfragen leicht zulegen.

Bereits im Frühjahr 2015 führten die Meinungsverschiedenheiten über den Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern zwischen einer eher restriktiv argumentierenden VVD und einer einen humanitäreren Ansatz verfolgenden PvdA zu einem handfesten Konflikt innerhalb der Regierungskoalition. Die Spannungen innerhalb der Koalition nahmen mit der gestiegenen Zuwanderung von Migranten im Sommer und Herbst 2015 noch zu. Die VVD sah eine Notwendigkeit darin, Aufnahmeeinrichtungen in Krisenregionen zu schaffen, dass der Flüchtlingsstatus nur vorübergehend sein dürfe und sich in die Niederlande bei der Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften zurückzuhalten hätten. Die PvdA verfolgte einen humanitären Ansatz und verlangte Sprachkurse für Asylsuchende. Innerhalb der Regierung überwog aber insgesamt die Überzeugung, dass man das Problem aufgrund seiner Größe und Dringlichkeit kooperativ lösen müsse. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden, der sowohl eine verstärkte Registrierung in den Herkunftsländern als auch eine langfristige Lösung auf EU-Ebene in Form einer gemeinsamen Asylpolitik und einer verbesserten Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen vorsah. Während man auf Ergebnisse auf EU-Ebene wartete, wurden auch andere Optionen wie ein Mini-Schengen in Erwägung gezogen.¹² Die niederländische Ratspräsidentschaft 2016 stellte dabei eine exzellente Möglichkeit dar, für eine europäische Lösung zu werben.

Niederländische Ratspräsidentschaft

Die zwölfte niederländische Ratspräsidentschaft stand vor nie dagewesenen Herausforderungen. In Vorbereitung auf die Präsidentschaft hatten die Niederlande drei Leitlinien definiert: „eine Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert; eine innovative Union, die Wachstum und Beschäftigung fördert; eine Union, die für die Bürger da ist“.¹³ Diese gut vorbereiteten Schwerpunkte wurden jedoch von den tagesaktuellen Ereignissen eingeholt und so standen die Migrationskrise, das damals noch bevorstehende Brexit-Referendum, geopolitische Spannungen an den europäischen Ostgrenzen und Sicherheitsbedrohungen im Mittelpunkt der Ratspräsidentschaft.

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament zu Beginn der niederländischen Ratspräsidentschaft machte Premierminister Mark Rutte deutlich: „Die heutigen Zahlen [von Flüchtlingen] sind nicht tragbar. Uns läuft die Zeit davon. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung innerhalb der nächsten sechs bis acht Wochen.“¹⁴ Er verlangte die Umsetzung bestehender Beschlüsse und einen verstärkten Schutz der EU-Außengrenzen.¹⁵ Die formelle Rolle der Ratspräsidentschaft ist zwar recht bescheiden, da das Initiativrecht bei der Europäischen Kommission liegt und Verhandlungen wie mit der Türkei und den Transitländern am Westbalkan Aufgabe des Präsidenten des Europäischen Rates sind. Nichts-

12 NRC Handelsblad online: Ook Dijsselbloem bepleit mini-Schengen, 28.11.2015.

13 Niederländische Ratspräsidentschaft 2016: Die Niederlande und die EU-Ratspräsidentschaft. Welche Ziele streben die Niederlande als Ratspräsidentschaft an?, abrufbar unter: <http://deutsch.eu2016.nl/eu-vor-sitz/ziele-und-prioritaeten> (letzter Zugriff: 24.8.2016).

14 Mark Rutte: Ansprache des niederländischen Ministerpräsidenten Rutte vor dem Europäischen Parlament, 20. Januar 2016, S. 4.

15 Eszter Zalan: Dutch PM: EU needs to sharply reduce refugee numbers, in: EuObserver.com, 20.1.2016.

destotrotz übernahmen Rutte und Diederik Samson, Vorsitzender der Sozialdemokraten, eine aktive Rolle bei den Verhandlungen der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016. Samsom hatte am 28. Januar einen ersten Entwurf des Deals vorgelegt, der dann von Rutte mit anderen europäischen Akteuren weiter bearbeitet wurde. Zwar wurde sehr viel Kritik an den rechtlichen und humanitären Bestimmungen der Erklärung und an dessen Umsetzbarkeit geäußert, die Zahl der aus der Türkei in die Europäische Union einreisenden Flüchtlinge ging jedoch erheblich zurück. Kurz vor Ende der niederländischen Ratspräsidentschaft wurde zudem ein Kompromiss in Bezug auf die Schaffung der neuen Europäischen Grenz- und Küstenwache gefunden.¹⁶ Am Ende der Präsidentschaft dankte Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Rutte öffentlich für sein persönliches Engagement bei der Krisenbewältigung.¹⁷

Das niederländische Referendum zum Assoziierungsabkommen EU-Ukraine

Am 6. April 2016 fand in den Niederlanden ein Referendum über das Assoziierungsabkommen der Union mit der Ukraine statt. Das Referendum wurde gemäß der Bestimmungen eines neuen Gesetzes abgehalten, das am 1. Juli 2015 in Kraft getreten war. Demnach kann ein beratendes, nicht-bindendes Referendum von 300.000 Bürgerinnen und Bürgern beantragt werden. Im Herbst 2015 setzten die Betreiber einer bekannten populistischen Website in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren das Verfahren in Gang, um ein Referendum über die niederländische Ratifikation des Assoziierungsabkommens abzuhalten, und sammelten erfolgreich über 400.000 Unterschriften. Im Parlament war das ursprüngliche Ratifizierungsgesetz schon von einer breiten parlamentarischen Mehrheit angenommen worden; nur drei der elf Parteien hatten dagegen gestimmt: Wilders PVV, die SP und die Tierschutzpartei.¹⁸ Bei einer Wahlbeteiligung von 32 Prozent sprachen sich 61 Prozent der Abstimmenden gegen das Abkommen und 38 Prozent dafür aus.¹⁹ Die gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, dass das Ergebnis nur bei einer Wahlbeteiligung von über 30 Prozent gültig ist. Viele Wahlberechtigte, die dem Assoziierungsabkommen positiv gegenüber standen, haben ihre Stimme absichtlich nicht abgegeben; entweder weil sie erwarteten, dass die Schwelle von 30 Prozent nicht überschritten würde oder um ihren Unmut über die Reichweite des Referendums auszudrücken.²⁰ Zwar waren das Assoziierungsabkommen und die Situation in der Ukraine Bestandteil des Wahlkampfes, dennoch waren Anti-EU- und Anti-Eliten-Stimmungen die eigentlichen Treiber für ein negatives Votum.²¹ Abgesehen von der PVV und der SP (die beide für ein Nein mobilisierten) und der D66 (die für ein Ja votierten), nahmen die meisten größeren Parteien und die Regierung nicht aktiv am Wahlkampf teil. Diejenigen, die die Ratifizierung des Abkom-

16 Rat der Europäischen Union: Europäische Grenz- und Küstenwache: Rat bestätigt Einigung mit dem Parlament, Pressemitteilung 373/16, 22.6.2016.

17 Stephane Alonso/Mark Kranenburg: Sobere voorzitter die meters maakte, in: NRC Handelsblad online, 1.7.2016.

18 Die drei Parteien nehmen 19 Prozent der Sitze im Parlament ein; Vgl. Tweede Kamer: Kamerleden. Fracties, abrufbar unter: <https://www.tweedekamer.nl/kamerleden/fracties> (letzter Zugriff: 24.8.2016).

19 Kiesraad: Uitslag referendum Associatieovereenkomst met Oekraïne onherroepelijk, 19.4.2016.

20 Robert Giebels: Referendum ging om wantrouwen versus vertrouwen, in: de Volkskrant, 7.4.2016; Ko Colijn: Waarom het Oekraïne-referendum zo'n gotspe is, in: Vrij Nederland, 17.2.2016; Ton Zwaan: Referenda zijn in strijd met de democratie, in: de Volkskrant, 13.7.2016.

21 Tim de Beer: The Ukraine referendum in The Netherlands: the revenge of the distrusting undercurrent, abrufbar unter: <http://www.tns-nipo.com/overheid-en-non-profit/verkiezingsonderzoek/the-ukraine-referendum/> (letzter Zugriff: 24.8.2016).

mens ablehnten (deren Anzahl gerade einmal 20 Prozent der gesamten Wählerschaft ausmacht) machen einen Großteil der Unterstützer der links- beziehungsweise rechtspopulistischen SP und PVV aus.²²

Obleich das Referendum nur beratenden Charakter hat, erklärten sich die meisten Parteien bereit, das Ergebnis im Falle einer Ablehnung der Ratifizierung des Abkommens dementsprechend zu berücksichtigen. Demnach dürfte das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen im Falle eines negativen Ausgangs für die Niederlande nicht automatisch in Kraft treten. Doch für Brüssel war der Ausgang des Referendums rechtlich nicht so eindeutig,²³ als die niederländische Regierung diese Konsequenz aus dem Referendumsergebnis zog. Letztere versprach zwar zusammen mit den EU-Partnern und der Ukraine nach einer Lösung suchen zu wollen, die auch den in der Abstimmung ausgedrückten Bedenken der niederländischen Bevölkerung Rechnung tragen soll.²⁴ Jedoch wurde bald offensichtlich, dass eine solche Lösung einige Zeit in Anspruch nehmen würde und die Bereitschaft hierzu von Seiten der EU-Partner ob des bevorstehenden Brexit-Referendums gering war.²⁵ Anfang Juli bewog die Frustration der Abkommensgegner diese dazu, einen Misstrauensantrag gegen Rutte im Parlament zu stellen. Dieser Versuch misslang zwar, fand jedoch immerhin die Unterstützung von vier Parteien.²⁶

Brexit

Das Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft hatte großen Einfluss auf die Ratspräsidentschaft der Niederlande. Sensible Themen wurden auf unbestimmte Zeit nach dem britische Referendum verschoben. Nicht nur wurden dadurch die Diskussionen über eine potentielle Lösung für die Ratifizierung des Ukraine-Assoziierungsabkommens hinausgezögert, auch mit anderen umstrittenen Themen wie dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Novelle der Arbeitnehmerentsendesrichtlinie wurde sich nicht mehr befasst.²⁷ Da das britische Referendum erst ganz am Ende der niederländischen Ratspräsidentschaft am 23. Juni 2016 stattfand, blieb auch kaum Spielraum, um den ersten Konsequenzen zu begegnen. Doch die ersten Anstrengungen um eine koordinierte gemeinsame Reaktion der Europäischen Union stellte die Stabilität der Union in den Mittelpunkt.²⁸

Das britische Referendum hatte auch Einfluss auf die inländische Debatte über die Rolle der Niederlande in der Europäischen Union. Fast alle Parteien waren sich einig, dass die Niederlande mit dem britischen EU-Austritt einen wichtigen Partner in der Union verlieren würden und dass sich die Machtverhältnisse zugunsten einer protektionistischen Politik verschieben könnte. Rutte betonte jedoch auch, dass die Verhandlungen mit

22 Emilie van Outeren/Annemarie Kas: Tegenstem wint: het verdrag 'kan niet zonder meer doorgaan', in: NRC Handelsblad online, 7.4.2016.

23 Guillaume Van der Loo: The Dutch Referendum on the EU-Ukraine Association Agreement: Legal options for navigating a tricky and awkward situation, in: Centre for European Policy Studies: CEPS Commentary, 8.4.2016.

24 Rijksoverheid: Kamerbrief over het verzoek inzake EU-Oekraïne associatieakkoord, 7.6.2016.

25 Pim van den Dool: Rutte: resultaat Oekraïne-referendum 'desastreus', in: NRC Handelsblad online, 13.6.2016.

26 Pim van den Dool: Motie van Wantrouwen tegen Rutte om Oekraïne verworpen, in: NRC Handelsblad online, 6.7.2016.

27 The Netherlands EU Presidency 2016: Letter on the results and organisation of the Dutch Presidency of the Council of the European Union, 25 June 2016, S. 7.

28 The Netherlands EU Presidency 2016: Prime Minister Rutte on the outcome of the United Kingdom referendum, 24 June 2016.

dem Vereinigten Königreich der niederländischen Regierung nun die Möglichkeit eröffnen würde, für Reformen innerhalb der Europäischen Union zu werben.²⁹ Möglicherweise hat das Brexit-Votum auch die Befürworter eines Referendums über die EU-Mitgliedschaft der Niederlande gestärkt. Die PVV brachte mit ihrer erneuten Forderung nach einem sogenannten ‚Nexit‘-Referendum die Diskussionen über ein Mitgliedschaftsreferendum ins Rollen. Auch die SP sprach sich dafür aus, jedoch erst nach einer Neuverhandlung der Kompetenzen der Europäischen Union. Die wichtigsten Parteien der Mitte fordern zwar auch EU-Reformen, strengen jedoch kein Referendum an. D66 und GL nehmen beide den Standpunkt ein, dass nur eine mächtigere Europäische Union in der Lage ist, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern.³⁰ Das niederländische Referendumsgesetz erlaubt Referenden nur ex-post, das heißt, nachdem ein (Ratifikations-)Gesetz im Parlament verabschiedet worden ist. Ein sofortiges Nexit-Referendum ist mithin nicht möglich. Ein Abkommen des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union könnte jedoch die Grundlage für eine Abstimmung über die Mitgliedschaft der Niederlande in der Europäischen Union bilden.³¹ Jedenfalls ist es sehr wahrscheinlich, dass die niederländische EU-Mitgliedschaft eine größere Rolle in den Debatten in Den Haag spielen wird – vor allem angesichts der anstehenden Wahlen im März 2017.

Bewertung der niederländischen Ratspräsidentschaft in Den Haag

Die niederländischen Interessen in Brüssel zu vertreten, ist eines der Hauptanliegen beinahe aller niederländischer Parteien. Angesichts dessen wurde die Präsidentschaft in Den Haag mit großem Interesse verfolgt. Mehrmals wurde die Regierung im Parlament befragt, um sicherzustellen, dass deren Rolle als ehrlicher Makler nicht den niederländischen Interessen zuwider laufen würde.³² Die eher gemäßigte Position der Niederlande in der Migrationspolitik erlaubte es der Regierung, glaubwürdig aufzutreten. Die abweichende Haltung zur Pensionsfonds-Richtlinie und zur Schaffung des Amtes des Europäischen Staatsanwaltes verlangten der Ratspräsidentschaft jedoch einige Flexibilität ab. Andererseits gab die Ratspräsidentschaft den Niederlanden die Möglichkeit, darauf hinzuwirken, dass man sich auf einen Fahrplan zur Vollendung des Binnenmarkts verständigen konnte. Außerdem gelang es den Niederlanden, trotz des Brexit-Referendums die Entsenderichtlinie voranzutreiben und in den Beratungen über den mehrjährigen Finanzrahmen als Agenda-Setter zu fungieren.³³

Weiterführende Literatur

Niederländische Ratspräsidentschaft 2016: Die Niederlande und die EU-Ratspräsidentschaft. Welche Ziele streben die Niederlande als Ratspräsidentschaft an?, abrufbar unter: <http://deutsch.eu2016.nl/eu-vorsitz/ziele-und-prioritaeten> (letzter Zugriff: 16.11.2016).

Netherlands EU Presidency 2016: Letter on the results and organisation of the Dutch Presidency of the Council of the European Union, 25 June 2016, abrufbar unter: <https://english.eu2016.nl/documents/press-releases/2016/07/01/letter-on-the-results-and-organisation-of-the-dutch-presidency-of-the-council-of-the-european-union> (letzter Zugriff: 16.11.2016).

29 Natalie Righton: Haagse discussie over Nederlands referendum EU barst hevige los, in: de Volkskrant, 24.6.2016.

30 Joost de Vries: Het Binnenhof: 27 juni, in: de Volkskrant, 27.6.2016.

31 Mark Kranenburg: Nexit-stemming kan via omweg, in: NRC Handelsblad online, 9.7.2016.

32 Arie Elshout/Joost de Vries: Dreigen in Brussel, masseren in Den Haag, in: de Volkskrant, 30.6.2016.

33 The Netherlands EU Presidency 2016: Letter on the results and organisation of the Dutch Presidency, 2016, S. 6.